

PRESSEINFORMATION 67/2021

Wirtschaft in Baden-Württemberg engagiert sich für Klimaschutz – bessere Rahmenbedingungen werden dringlicher gefordert

Stuttgart, 22.09.2021 – Die Unternehmen im Land sehen bei den Auswirkungen der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit wieder stärker die Risiken. Das ergab die Baden-Württemberg-spezifische Auswertung des bundesweiten DIHK-Energiewendebarmeters 2021. Auf einer Skala von -100 bis +100 bewerten die am heimischen Standort befragten Unternehmen die Auswirkungen auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit mit -5,5; für Deutschland liegt dieser Wert bei -6,7.

Die Industrie kommt dabei mit -17,3 zu einer pessimistischeren Chancen-Risiken-Bewertung. Deutschlandweit ist die Bewertung mit -16,5 marginal besser. Energie- und klimapolitische Maßnahmen müssen daher nach wie vor besonders die Auswirkungen auf den Industriestandort berücksichtigen.

Gefragt nach den Maßnahmen, die die Politik kurzfristig ergreifen sollte, steht bei den baden-württembergischen Betrieben die Forderung nach Beschleunigung der Genehmigungsverfahren beim Übertragungsnetzausbau verbunden mit der Unterstützung des Netzausbaus durch die Politik und damit das Thema Versorgungssicherheit klar an erster Position, ebenso bei den Unternehmen in Deutschland und bei der hiesigen Industrie. Prioritär wird auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die aktive Teilnahme von Nachfragern am Strommarkt gefordert.

Die im Vergleich zum Vorjahr im Durchschnitt der Unternehmen zurückhaltendere Bewertung zu den Auswirkungen der Energiewende spiegelt die auf allen politischen Ebenen deutlich angehobenen Klimaziele wider.

Zugleich zeigt sich die hohe Anpassungsbereitschaft der heimischen Wirtschaft. Wie in den Vorjahren ergreifen oder planen die baden-württembergischen Unternehmen auch in 2021 häufiger klimaschutzbezogene Maßnahmen als im Bundesschnitt. Besonders deutlich wird dies beispielsweise bei der Berechnung der eigenen Klimabilanz und beim Bezug von Ökostrom. Die größten Steigerungsraten gegenüber dem Vorjahr verzeichnen u.a. Maßnahmen zur Mobilität wie Anschaffung von Elektrofahrzeugen und Aufbau einer Landeinfrastruktur. „Dies zeigt, dass die Wirtschaft in Baden-Württemberg die Herausforderungen der Energiewende und des Klimaschutzes gleichermaßen angenommen hat und entsprechend handelt, insbesondere die hiesige Industrie“, erläutert BWIHK-Präsident und Präsident der in Energiefragen federführenden IHK Karlsruhe Wolfgang Grenke die Situation.

92 % der Industrieunternehmen im Land beschäftigen sich mit Aktivitäten zur Steigerung der Energieeffizienz oder haben entsprechende Maßnahmen realisiert. Für 61 % der Industriebetriebe und 54% aller hiesigen Betriebe ist es bereits jetzt erklärtes Ziel, bis 2040 klimaneutral zu werden; gedämpft wird das Engagement jedoch durch hohen Aufwand für die umfassende Treibhausgasbilanzierung und Mangel an finanziellen und personellen Ressourcen.

In der CO₂-Bepreisung sieht die Hälfte der Unternehmen aus Baden-Württemberg ein geeignetes Instrument, um den Klimaschutz in der Wirtschaft voranzubringen. Ebenfalls die Hälfte nimmt dies zum Anlass, bei Investitionen verstärkt auf klimafreundliche Technologien zu setzen. Allerdings rechnet nur ein Viertel daraus mit Chancen für das eigene Unternehmen. Angesichts steigender Energie- und Stromkosten für eine große Mehrheit der Befragten sieht insbesondere die Industrie in Teilen ihre Wettbewerbsfähigkeit gefährdet und fordert entsprechend Entlastung.

Die vollständige Baden-Württemberg-spezifische Auswertung des bundesweiten DIHK-Energiewendebarmeters 2021 finden Sie anbei.

Ansprechpartner für die Redaktionen:

BWIIHK | Federführung Industrie/Energie

IHK Karlsruhe

Gert Adler

Telefon 0721 174-131

E-Mail gert.adler@karlsruhe.ihk.de

Weitere Presseinformationen finden Sie unter <http://www.bw.ihk.de/veroeffentlichungen/pressemitteilungen>

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHK). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.



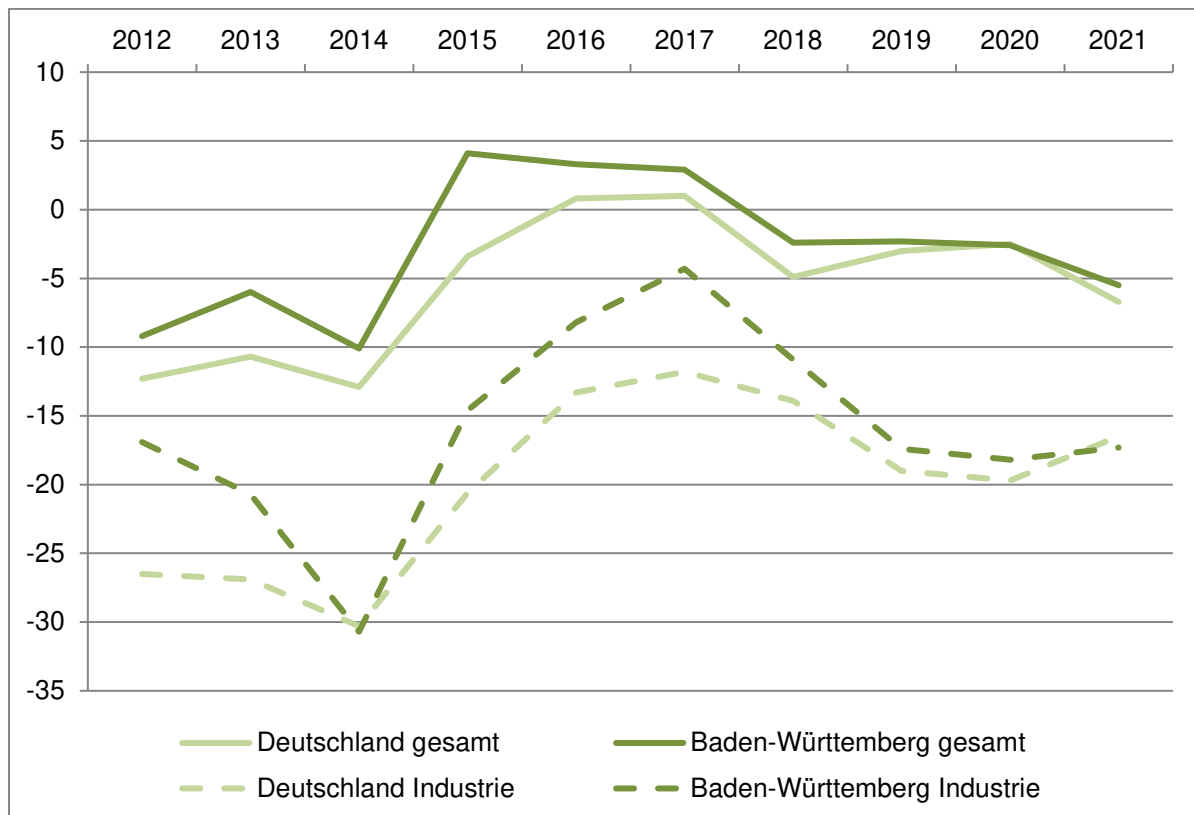
Die Industrie- und Handelskammern
in Baden-Württemberg

DIHK-ENERGIEWENDEBAROMETER
UMFRAGE 2021
2021
Ergebnisse aus Baden-Württemberg

Stand 22.09.2021

IHK Karlsruhe / GB 3 / Linda Jeromin

Energiewende-Barometer



Beurteilung der Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Die Berechnung der Barometerwerte erfolgt anhand der Skala -100 (sehr negativ), -50 (negativ), 0 (neutral), +50 (positiv), +100 (sehr positiv) und ist das gewichtete Mittel¹ daraus.

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Deutschland gesamt	-12,3	-10,7	-12,9	-3,4	0,8	1,0	-4,9	-3,0	-2,5	-6,7
Baden-Württemberg gesamt	-9,2	-6,0	-10,1	4,1	3,3	2,9	-2,4	-2,3	-2,6	-5,5
Deutschland Industrie	-26,5	-26,9	-30,3	-20,6	-13,3	-11,6	-13,9	-19,0	-19,7	-16,5
Baden-Württemberg Industrie	-16,9	-20,7	-30,7	-14,6	-8,2	-4,3	-10,9	-17,4	-18,2	-17,3

Die Unternehmen in Baden-Württemberg sehen die Auswirkungen der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit ebenso wie die Unternehmen in Deutschland wieder im Negativen und bestätigen den leicht rückläufigen Trend der Vorjahre.

Die Industrie in Baden-Württemberg bleibt ebenso wie die deutsche Industrie bei ihrer pessimistischeren Bewertung als die Unternehmen in Baden-Württemberg gesamt und konsolidiert die Einschätzung der beiden Vorjahre².

¹ Zur Gewichtung: siehe Fußnote 2.

² Da die Verteilung des Antwortpanels über Branchen und Betriebsgrößenklassen nicht der real existierenden Verteilung der IHK-Mitgliedsbetriebe entspricht, wurden die Daten von den absoluten Werten in sogenannte

Der DIHK stellt in seiner Veröffentlichung vom 22.09.2021 zur aktuellen Befragung heraus:

„Negative Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe nehmen zu

Über alle Branchen, Betriebsgrößen und Regionen hinweg sehen die Unternehmen in Deutschland unter dem Strich mehr Risiken als Chancen für die eigene Wettbewerbsfähigkeit: Auf einer Skala von minus 100 („sehr negativ“) bis plus 100 („sehr positiv“) bewerten die Unternehmen die Auswirkungen der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit durchschnittlich mit minus 6,7 und damit kritischer als im Vorjahr (2020: minus 2,5). Während 30 Prozent der Betriebe negative oder sehr negative Auswirkungen sehen, ist die Energiewende nur für 19 Prozent positiv bzw. sehr positiv für das eigene Geschäft. Die Klimaschutzziele wurden kurzfristig vor der Sommerpause angehoben, während die für die Zielerreichung notwendige Anpassung der regulatorischen Rahmenbedingungen unklar und damit für die Unternehmen nicht vorhersehbar ist. Zugleich wissen die Unternehmen aus ihrer betrieblichen Praxis, wie anspruchsvoll inzwischen die Realisierung von zusätzlichen Einsparpotenzialen ist. Zudem sind die Preise für Energie insgesamt sowie Strom im Speziellen weiter gestiegen, wie die Unternehmen berichten.

Die Beurteilung der Energiewende für die Wettbewerbsfähigkeit des eigenen Unternehmens fällt zwischen den Sektoren unterschiedlich aus, auch wenn die Differenz zwischen der besten und der negativsten Einschätzung von 27 auf 19 Punkte sinkt. Insgesamt wird die Energiewende damit über alle Branchen wieder stärker als Belastung wahrgenommen. Am kritischsten bewerten die Industrieunternehmen mit -17 die Auswirkungen: 43 Prozent sehen einen negativen bzw. sehr negativen Einfluss auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit, wohingegen nur 19 Prozent eine positive Bewertung vornehmen. Industriebetriebe stehen besonders im internationalen Wettbewerb, so dass z. B. höhere Energiepreise eine andere Bedeutung haben als im Durchschnitt der anderen Branchen. Die Industrie ist zudem für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland von besonderer Bedeutung, da sie über lange Wertschöpfungsketten mit vielen anderen Sektoren der Wirtschaft verflochten ist. Deutschland verfügt mit dem „Netzwerk Industrie“, also der einzigartigen und für die technologische Entwicklung wertvollen Verflechtung zwischen Industrie, Dienstleistern und Forschung, über einen Standortvorteil. Veränderungen der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie strahlen damit weit über das produzierende Gewerbe hinaus auf andere Teile der Wirtschaft aus.

Stark verschlechtert haben sich die Bewertungen in den Branchen Bau (Barometerwert plus zwei nach plus zehn in 2020), im Handel (von minus vier auf minus zehn) und bei den Dienstleistern (minus zwei nach plus sechs). Mit der nationalen CO₂-Bepreisung und der resultierenden Verteuerung von Benzin, Diesel, Heizöl und Gas ist für diese Branchen ein weiterer Kostenfaktor im Bereich Gebäudewärme und betriebliche Fahrzeugflotten hinzugekommen. Nur in der Bauindustrie überwiegt noch knapp der Anteil der Unternehmen, die eine

„gewichtete Werte“ umgerechnet. Die Gewichtung legt die Verteilung in Deutschland zugrunde, wird aber auch für die Regional- bzw. Landesauswertungen genutzt. Daraus ergeben sich für die Baden-Württemberg-Werte leichte Verzerrungen, da der Industrieanteil hier deutlich größer ist als in Deutschland, d. h. der Industrieanteil ist in den Werten für Baden-Württemberg gesamt tendenziell unterrepräsentiert. An den grundsätzlichen Aussagen ändert dies jedoch nichts.

positive Wirkung der Energiewende auf das eigene Geschäft sehen (32 Prozent), den Anteil der Unternehmen, die eine negative Auswirkung spüren (30 Prozent). Zwar entstehen beispielsweise über Effizienzsanierungen und Infrastrukturausbau für die Baubranche wirtschaftliche Chancen aus der Energiewende, andererseits stellen z. B. Energiekosten und neue Bauanforderungen Belastungen dar. Im Handel (33 Prozent sehen negative, 14 Prozent positive Auswirkungen) sind hohe Kosten für Wärme und Kühlung eine Bürde, während Chancen, wie z. B. die Eigenerzeugung von PV-Strom, nur einem Teil der Händler offenstehen und zudem mit hohen bürokratischen Lasten verbunden sind.“

Schlussfolgerungen:

Die Bewertung durch die Industrie bleibt deutlich im Negativen und zeigt, dass dort weiterhin keine Verbesserung bei den energiepolitischen Rahmenbedingungen gesehen wird. Auch für die Unternehmen in Deutschland als auch in Baden-Württemberg gesamt neigt sich die Waage aus Vertrauen und Sorgen bezüglich der Verlässlichkeit der Energiepolitik ins Negative.

Es gilt weiterhin: Die Energiewende beeinflusst die Wettbewerbsfähigkeit der Industrieunternehmen deutlich negativ. Energiepolitische Maßnahmen müssen daher stärker die Auswirkungen auf den Industriestandort berücksichtigen.

Politische Maßnahmen/Forderungen an die Politik



Angaben der Unternehmen in Baden-Württemberg, welche politischen Maßnahmen ihrer Meinung nach kurzfristig ergriffen werden sollten, um die Energiewende sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten, in Prozent der antwortenden Unternehmen.

TOP-Forderung der Unternehmen ist die nach Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für den Übertragungsnetzausbau. 97 % der Unternehmen in Baden-Württemberg stimmen voll oder eher zu. Es folgen die Forderung nach Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine aktive Teilnahme von Nachfragern am Strommarkt mit ebenfalls 97 % Zustimmung und dass sich die Politik geschlossen hinter die Beschlüsse zum Ausbau des Stromnetzes stellt mit 96 % Zustimmung. Fragen des Netzausbaus und damit der Versorgungssicherheit bleiben somit die wichtigsten Themen für die Unternehmen in Baden-Württemberg. Die Forderungen auf den Plätzen zwei, vier und fünf fokussieren die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Energieverbraucher und stehen in Summe für stärkere marktliche Ausrichtung.

Auf den letzten vier Plätzen und mit klarer mehrheitlicher Ablehnung finden sich Forderungen nach Verschärfung gesetzlicher Vorgaben und Verpflichtungen zu Energieeinsparung, zu PV-Pflicht und zu Elektromobilität. Ebenfalls keine Mehrheit finden Forderungen nach Anhebung des CO₂-Preises im Emissionshandel, nach Vorziehen des Ausstiegsdatums der Kohleverstromung und zum Auslaufen der EEG-Förderung für Neuanlagen zum Ende der kommenden Legislaturperiode.

Im Vergleich von Baden-Württemberg gesamt mit der hiesigen Industrie fallen nur geringe Unterschiede auf. Mehr Zustimmung erfahren Forderungen die eher direkte finanzielle Auswirkungen haben. So fordern 7 % mehr Industriebetriebe, dass Entlastungsregelungen beim Strompreis zur Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleiben müssen. Jeweils 5 % mehr Industriebetriebe fordern, dass Steuern und Abgaben auf den Strompreis gesenkt werden müssen und dass finanzielle Anreize für Fahrzeuge mit alternativen Antrieben auslaufen sollten, sobald diese wettbewerbsfähig sind.

Die Gegenüberstellung von Baden-Württemberg gesamt mit Deutschland gesamt ist von weitgehender Ähnlichkeit geprägt. Es erfahren mehr Forderungen in BW eine größere Zustimmung als in Deutschland. Größte Abweichungen finden sich bei der Forderung das jährliche Ausschreibungsvolumen (EEG) zu erhöhen (+ 7 %), dass die Bundesregierung mehr für die Erreichung der Klimaziele tun muss (+ 6 %), dass die Instrumente der Energiewende auf einen umfassenden Emissionshandel fokussierte werden und dass die CO₂-Preise von nationalem und europäischen Emissionshandel angehoben werden müssen (beide + 5 %). Weniger deutlich fordern die Betriebe in Baden-Württemberg das Auslaufen der EEG-Förderung für Neuanlagen zum Ende der kommenden Legislaturperiode (- 6 %) und die Senkung von Steuern und Abgaben auf den Strompreis (- 4 %).

Das Fragemuster zu den Forderungen an die Politik ist in dieser Umfrage 2021 im Bundestagswahljahr der Vorumfrage aus 2017 angelehnt, die Jahre 2018 bis 2020 folgten einem etwas anderen Schema. Dennoch sind dem Vergleich mit 2017 einige Grenzen gesetzt, da die abgefragten Kriterien umformuliert und ergänzt wurden. Aus 15 Forderungen in 2017 wurden 22 in 2021. Für zehn lassen sich Vergleiche anstellen. Es fällt auf, dass sieben davon in der aktuellen Umfrage teilweise erheblich größere Zustimmung erfahren als noch 2017. So stieg die Summe der zustimmenden Antworten für die Forderung das jährliche EEG-Ausschreibungsvolumen zu erhöhen von 62 % in 2017 auf 86 % in 2021. Deutlich weniger Zustimmung erhielt die Forderung nach Verschärfung der gesetzlichen Vorgaben für

Energieeinsparung (Rückgang von 46 % in 2017 auf jetzt 35 %). Im Durchschnitt über alle 10 vergleichbaren Forderungen stieg die Zustimmung um 8 Prozentpunkte.

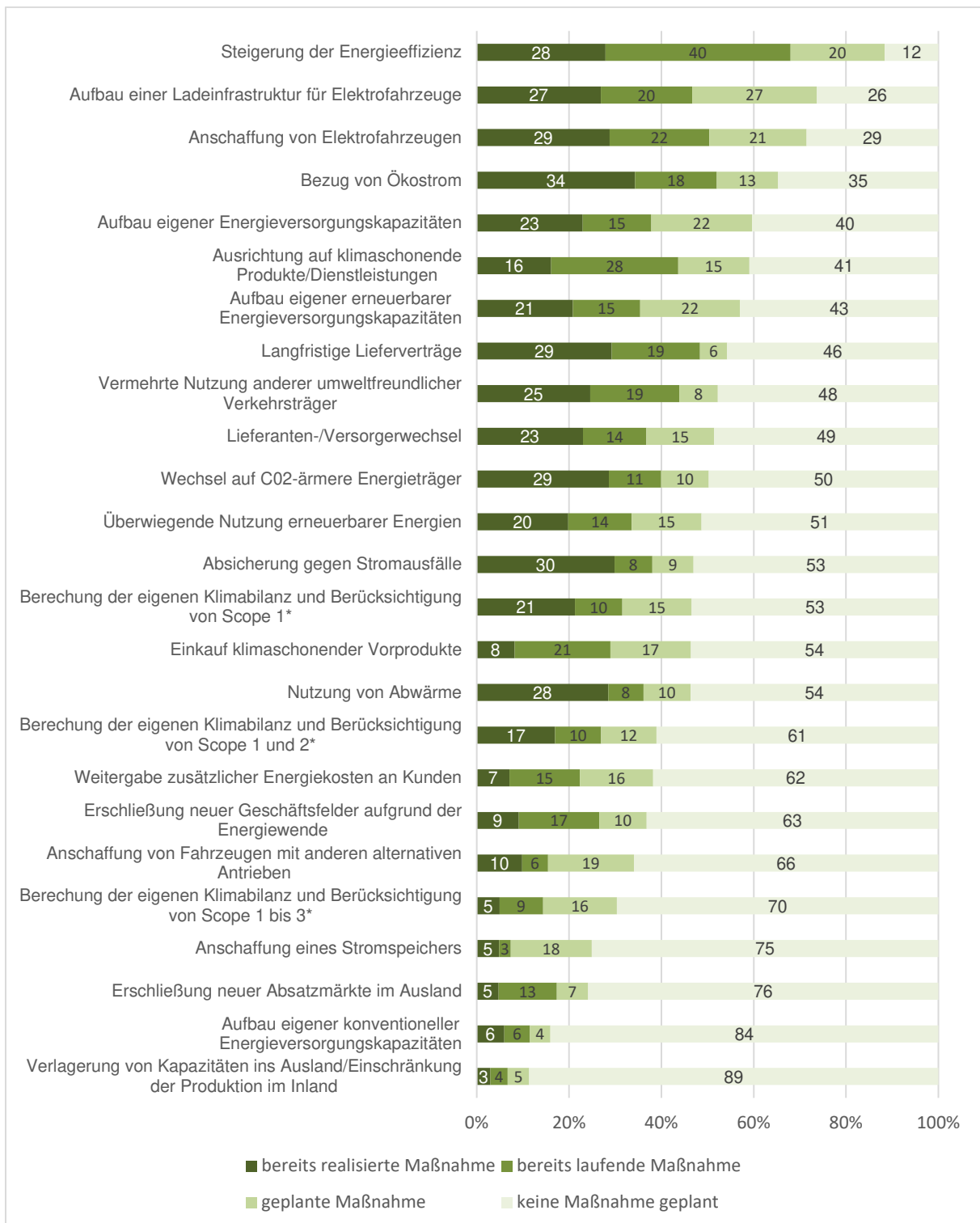
Einige Konstanz zeigt sich in der Reihenfolge der Forderungen. Die TOP-3 aus 2021 (zwei zum Netzausbau und eine zu Rahmenbedingungen für Nachfrager) fanden sich auch in 2017 ganz oben auf der Liste unter den ersten 4 Forderungen, wenn auch in anderer Platzierung. Das Schlusslicht der Forderungen aus 2017 nach Verschärfung der gesetzlichen Vorgaben für Energieeinsparung findet sich in der aktuellen Umfrage auf dem vorletzten Platz.

Schlussfolgerungen:

Nach Auffassung der Unternehmen gibt es bei den energiepolitischen Rahmenbedingungen für die Energiewende noch immer einiges zu tun, wobei die Dringlichkeit zunimmt. Die zwei der drei TOP-Forderungen adressieren den Netzausbau. Die weiteren drei unter den ersten fünf Forderungen zielen auf bessere Rahmenbedingungen mit mehr Wettbewerb in der Energiewirtschaft.

Unter den TOP-Forderungen genießt der Netzausbau und damit die Versorgungssicherheit seit Jahren bei den Betrieben höchste Priorität, nicht nur bei der Industrie.

Maßnahmen, die die Unternehmen ergreifen



Angaben der Unternehmen in Baden-Württemberg, welche Maßnahmen sie ergreifen angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik, in Prozent der antwortenden Unternehmen.

*) Scope 1 deckt direkte Emissionen am eigenen Standort ab. Scope 2 deckt indirekte Emissionen aus der Erzeugung von gekauftem Strom, Dampf, Wärme und Kühlung ab. Scope 3 umfasst alle anderen indirekten Emissionen, die in der Wertschöpfungskette eines Unternehmens entstehen.

Die Unternehmen ergreifen selbst zahlreiche Maßnahmen angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik. Klarer Spitzenreiter sind Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, die am häufigsten als realisiert, laufend oder geplant genannt werden. Nur ein kleiner Teil von 12 % der Unternehmen hat hier nichts unternommen oder geplant. Auf den nächsten Plätzen folgen Maßnahmen, die Elektrofahrzeuge und die Nutzung Erneuerbarer Energien betreffen.

Die Angaben der Unternehmen aus Deutschland entsprechen im Wesentlichen denen aus Baden-Württemberg, wobei die hiesigen Unternehmen bei fast allen Maßnahmen diese häufiger als bereits realisiert, laufend oder geplant benennen. Deutlich häufiger als realisiert, laufend oder geplant werden in Baden-Württemberg die Maßnahmen Berechnung der eigenen Klimabilanz und Berücksichtigung von Scope 1 (+ 9 Prozentpunkte im Saldo), Bezug von Ökostrom (+ 8 Prozentpunkte im Saldo) sowie Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge und Vermehrte Nutzung anderer umweltfreundlicher Verkehrsträger (beide + 7 Prozentpunkte im Saldo) genannt.

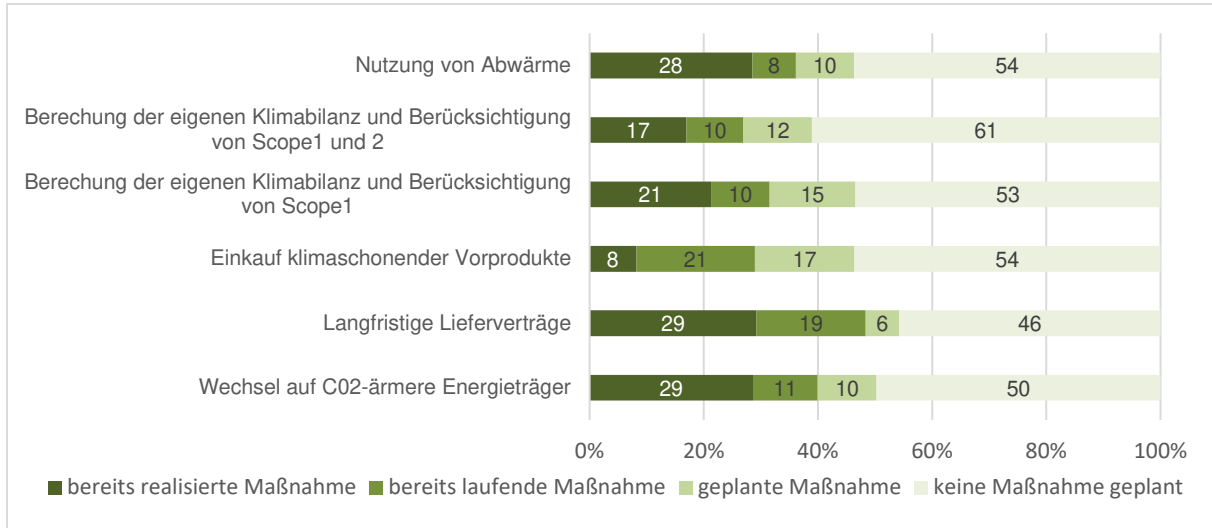
Die Gegenüberstellung von den Unternehmen in Baden-Württemberg gesamt und den hiesigen Industriebetrieben zeigt einige Unterschiede auf, wie häufig Maßnahmen als realisiert, laufend oder geplant angegeben werden. So ergreift die Industrie bei der Nutzung von Abwärme (+ 27 Prozentpunkte) realisierte, laufende und geplante Maßnahmen gegenüber Baden-Württemberg gesamt, bei der Erschließung neuer Absatzmärkte im Ausland (+18 Prozentpunkte) sowie bei der Berechnung der eigenen Klimabilanz und Berücksichtigung von Scope 1 und 2 (+16 Prozentpunkte) bzw. unter Berücksichtigung von Scope 1 (+ 15 Prozentpunkte) sichtbar häufiger Maßnahmen, als Baden-Württemberg gesamt. Ansätze in industriellen Prozessen in Verbindung mit Kundenanforderungen könnten dies erklären. Weniger realisierte, laufende und geplante Maßnahmen in der Industrie zeigen sich beim Bezug von Ökostrom (- 5 Prozentpunkte) und bei der Anschaffung von Fahrzeugen mit anderen alternativen Antrieben (- 4 Prozentpunkte).

Im Vergleich zum Vorjahr fällt auf, dass Maßnahmen in Verbindung mit Elektrofahrzeugen und Strombezug häufiger von den Unternehmen in Baden-Württemberg in den Blick genommen wurden. Deutlich häufiger als realisiert, laufend oder geplant werden die folgenden Maßnahmen genannt: Langfristige Lieferverträge (+ 7 Prozentpunkte im Saldo), Bezug von Ökostrom sowie Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge (beide + 6 Prozentpunkte im Saldo) und Anschaffung von Elektrofahrzeugen (+ 5 Prozentpunkte im Saldo). Die Berechnung der eigenen Klimabilanz und Berücksichtigung von Scope 1 erzielt im Vergleich zur Vorjahresfrage (dortige Formulierung der Maßnahme: Bestimmung des CO₂-Fußabdruckes) ein Plus von 11 Prozentpunkten im Saldo.

Der Wechsel auf CO₂-ärmere Energieträger wurde verglichen mit dem Vorjahr deutlich seltener als realisiert, laufend oder geplant genannt (- 9 Prozentpunkte im Saldo). Ebenfalls verzeichnen folgende Maßnahmen Rückgänge: Nutzung von Abwärme (- 6 Prozentpunkte im Saldo), Lieferanten-/Versorgerwechsel und Aufbau eigener erneuerbarer Energieversorgungskapazitäten (beide - 5 Prozentpunkte im Saldo).

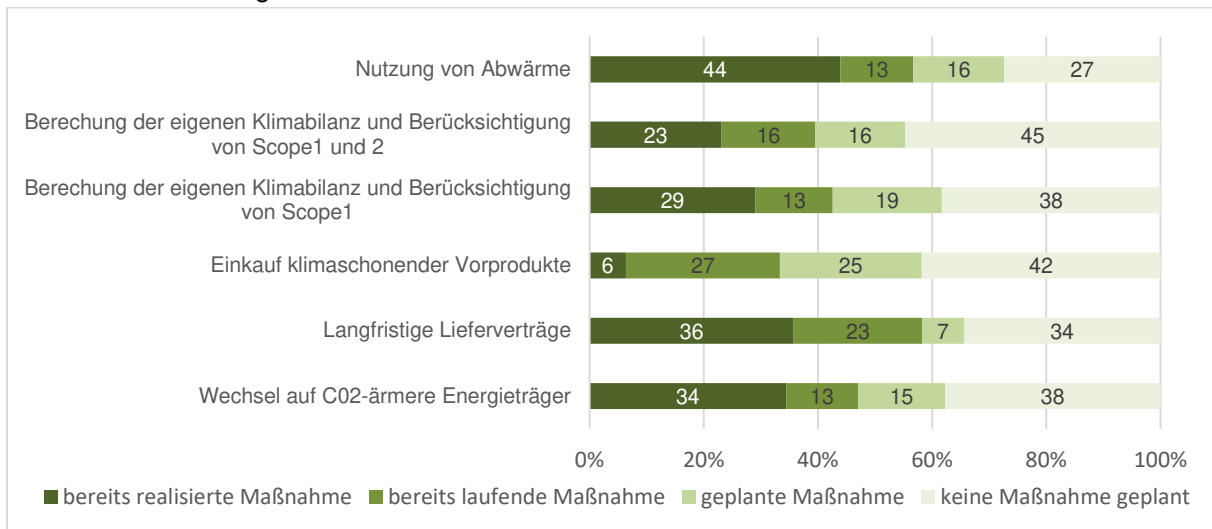
Interne Maßnahmen mit den größten Abweichungen zwischen Baden-Württemberg gesamt und der Industrie in Baden-Württemberg im Vergleich

Baden-Württemberg gesamt



Angaben der Unternehmen in Baden-Württemberg, welche internen Maßnahmen sie ergreifen, angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik, in Prozent der antwortenden Unternehmen.

Baden-Württemberg Industrie



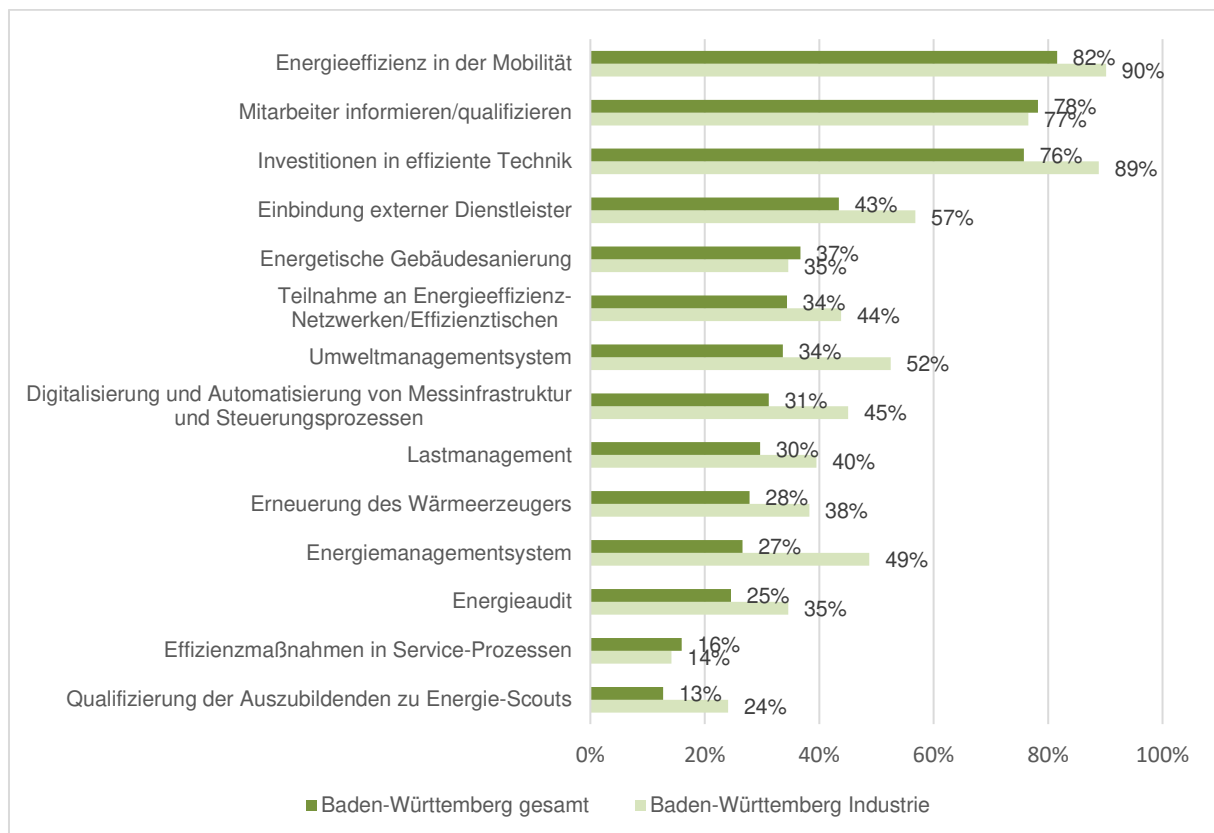
Angaben der Industriebetriebe in Baden-Württemberg, welche internen Maßnahmen sie ergreifen, angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik, in Prozent der antwortenden Unternehmen.

Exkurs Energieeffizienz

Von großer Bedeutung sind Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Mit 82 % Nennungen ist die Energieeffizienz in der Mobilität bei den Unternehmen in Baden-Württemberg die am häufigsten ergriffene (d. h. realisierte, laufende und geplante) Maßnahme. Mit 78 % folgt die Information und Qualifikation von Mitarbeitern, danach mit 76 % die Investition in effiziente Technik.

Mit deutlicherem Abstand folgen: Einbindung externer Dienstleister (43 %) und energetische Gebäudesanierung (37 %).

Die Industrie in Baden-Württemberg engagiert sich in allen Bereichen ebenso stark oder stärker als Baden-Württemberg gesamt. Besonderes Mehrengagement wird deutlich bei den Maßnahmen, die systematische Ansätze zur Steigerung der Energieeffizienz verfolgen, wie ein Energiemanagementsystem (Saldo + 22 %) oder Umweltmanagementsystem (Saldo + 18 %). Ebenfalls vergleichsweise höher im Kurs stehen bei der Industrie die Digitalisierung und Automatisierung von Messinfrastruktur und Steuerungsprozessen (Saldo + 14 %), Einbindung externer Dienstleister (Saldo + 14 %) und Investitionen in effiziente Technik (Saldo + 13 %).



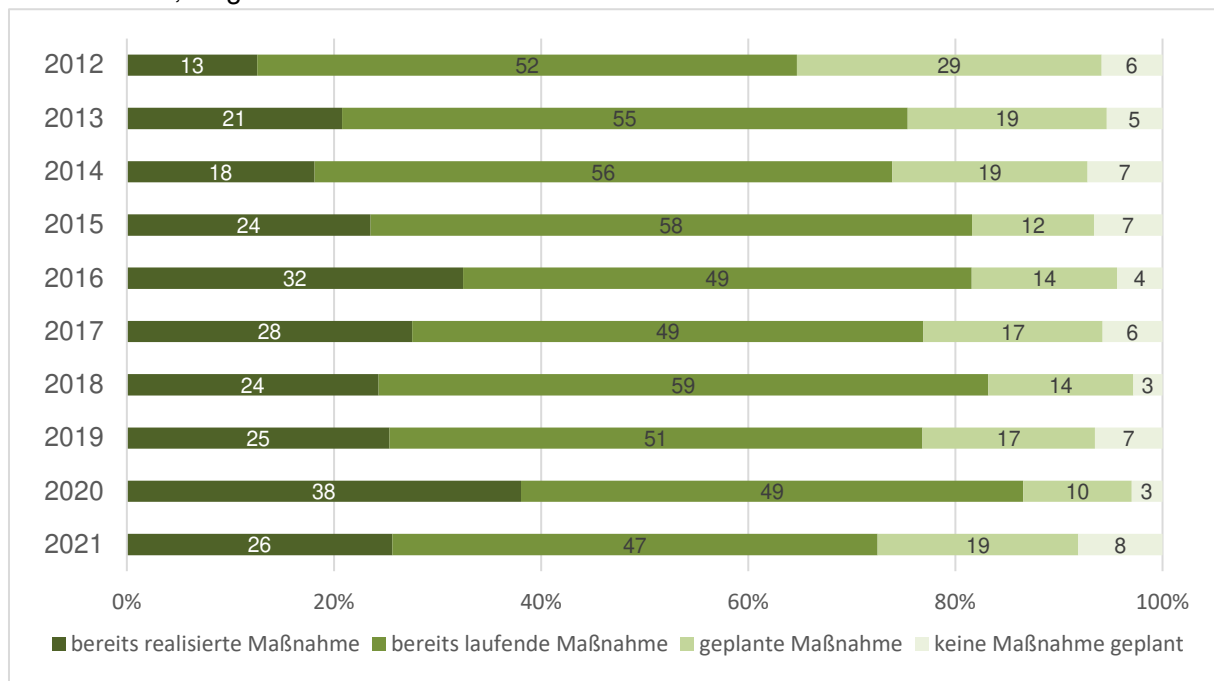
Maßnahmen, die die Unternehmen in Baden-Württemberg in Vergleich zur Industrie in Baden-Württemberg zur Steigerung der Energieeffizienz ergreifen, Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen, Mehrfachnennungen möglich.

Im Vergleich zu 2019³ fällt der enorme Zuwachs bei Energieeffizienzmaßnahmen in der Mobilität auf. Bei den Unternehmen in Baden-Württemberg gesamt gab es einen Anstieg von 30 % auf 82 %, bei der Industrie von 21 % auf 90 %.

Weitere Veränderungen fallen vergleichsweise gering aus. So haben bei den Unternehmen in Baden-Württemberg gesamt die Erneuerung des Wärmereizers um 6 Prozentpunkte und die energetische Gebäudesanierung sowie das Lastmanagement jeweils um 4 Prozentpunkte zugenommen. Die Einbindung externer Dienstleister hat ebenfalls um 4 Prozentpunkte zugenommen. Bei der Industrie in Baden-Württemberg ist ein deutlicher Rückgang bei Umweltmanagementsystemen (- 8 Prozentpunkte), um 6 Prozentpunkte bei der Information und Qualifikation von Mitarbeitern zu verzeichnen und um 5 Prozentpunkte bei der Teilnahme an Energieeffizienz-Netzwerken. Lastmanagement legte als Maßnahmen um 6 Prozentpunkte zu, die Einbindung externer Dienstleister um 5 Prozentpunkte und die Erneuerung des Wärmereizers um 4 Prozentpunkte.

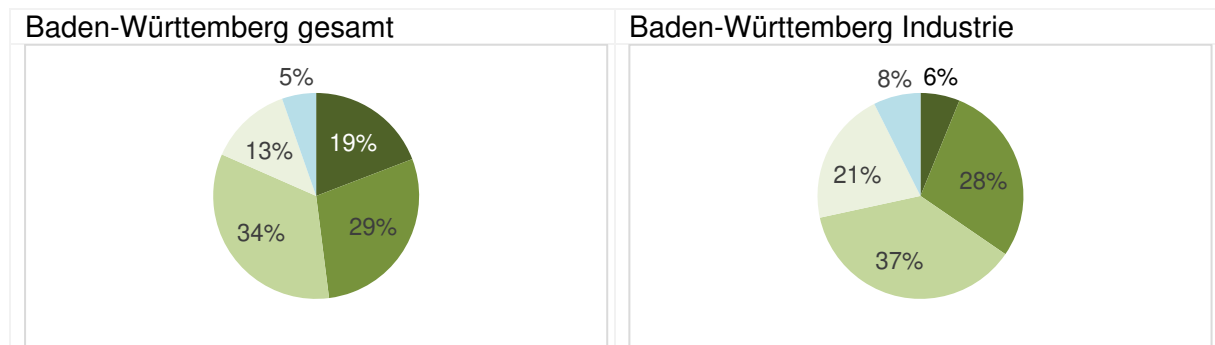
In Baden-Württemberg ist die Industrie die Branche mit dem stärksten Engagement bei der Energieeffizienz. Fast alle Industrie-Unternehmen (92 %) haben bereits Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz realisiert, laufend oder geplant. Dabei nimmt tendenziell der Anteil der geplanten Maßnahmen zu Gunsten der realisierten ab.

Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen in der Industrie Baden-Württemberg im zeitlichen Verlauf, Angaben in Prozent



³ In der 2020 durchgeführten Befragung, die Corona-bedingt zeitlich versetzt und gekürzt durchgeführt wurde, waren mehrere Detailfragen nicht enthalten, darunter zu Effizienzmaßnahmen sowie Maßnahmen mit Außenwirkung. Daher erfolgt auch im weiteren Verlauf dieser Auswertung der Vergleich mit 2019, wenn Daten für 2020 nicht vorliegen.

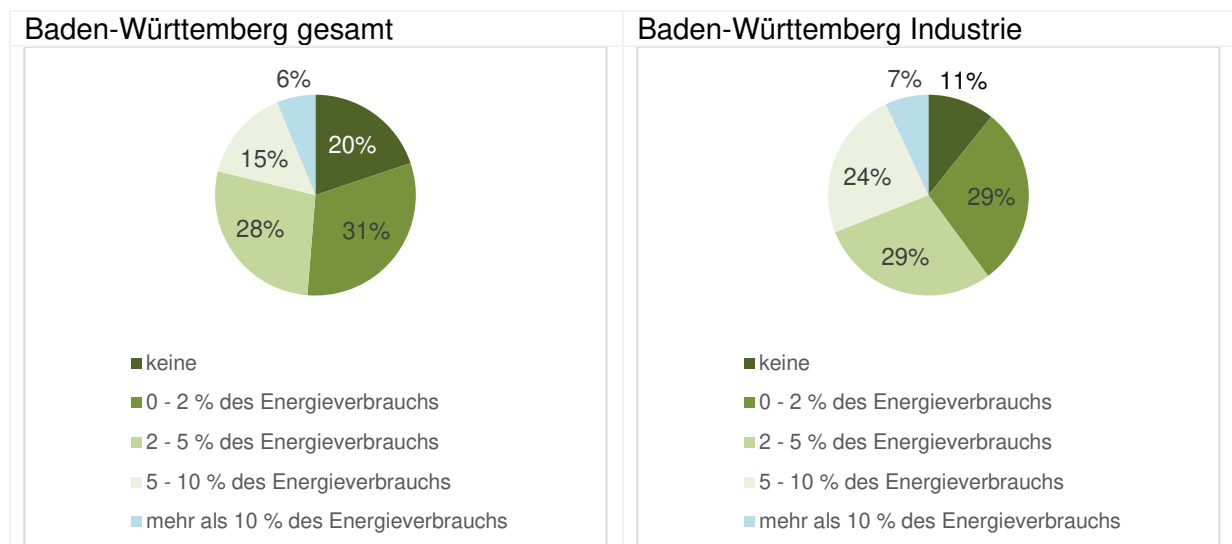
Einsparpotenziale beim Endenergieverbrauch gesamt



Einsparpotenziale bei Abwärme



Einsparpotenziale beim Stromverbrauch



Angaben der Unternehmen in Baden-Württemberg, welche wirtschaftlich realisierbaren Einsparpotenziale sie beim Endenergieverbrauch gesamt (Strom, Wärme, Kraftstoffe), bei Abwärme bzw. beim Stromverbrauch in ihrem Unternehmen in den kommenden fünf Jahren sehen, Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen.

Angaben der Unternehmen der Industrie aus Baden-Württemberg, welche wirtschaftlich realisierbaren Einsparpotenziale sie beim Endenergieverbrauch gesamt (Strom, Wärme, Kraftstoffe), bei Abwärme bzw. beim Stromverbrauch in ihrem Unternehmen in den kommenden fünf Jahren sehen, Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen.

Nur 18 % der Unternehmen aus Baden-Württemberg sehen in den kommenden fünf Jahren Einsparpotenziale beim Energieverbrauch von über 5 %, in 2019 waren es mit 20 % etwas mehr. Bei der Abwärme sehen sogar nur 12 % Einsparpotenziale von über 5 %, beim Stromverbrauch sind es 21 %.

In der baden-württembergischen Industrie werden die Einsparpotenzialen über 5 % in den kommenden 5 Jahren von 29 % der Betriebe gesehen und damit höher eingeschätzt als in Baden-Württemberg gesamt (18 % waren es 2019). Im Einzelnen sehen 18 % der Industriebetriebe ein Einsparpotenzial von über 5 % bei der Abwärme und sogar 31 % beim Stromverbrauch.

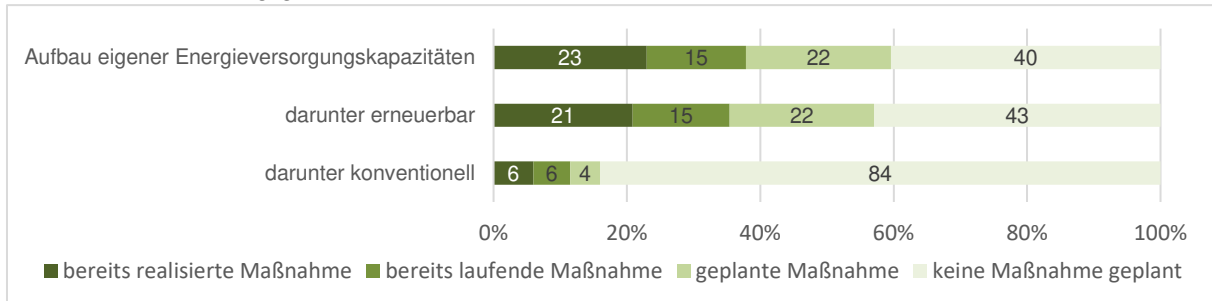
Schlussfolgerungen:

Für 46 % der Betriebe in Baden-Württemberg und 49 % Industriebetriebe hat die Einsparung von Energie ggü. dem Vorjahr an Bedeutung gewonnen. 88 % der Unternehmen in Baden-Württemberg und sogar 92 % der Industriebetriebe beschäftigen sich mit Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Energieeffizienz. Neben Investitionen in effiziente Technik und der Mitarbeiterinformation hat die Effizienz in der Mobilität enorm an Bedeutung gewonnen und wird als TOP-1-Maßnahme gelistet.

Weitere Einsparpotenziale werden von der überwiegenden Anzahl der Unternehmen hauptsächlich bis max. 1 % p. a. gesehen. Eine weitere Verschärfung der politischen Vorgaben zur Energieeffizienz wird von der überwiegenden Anzahl der Unternehmen in Baden-Württemberg (65 %) nicht befürwortet.

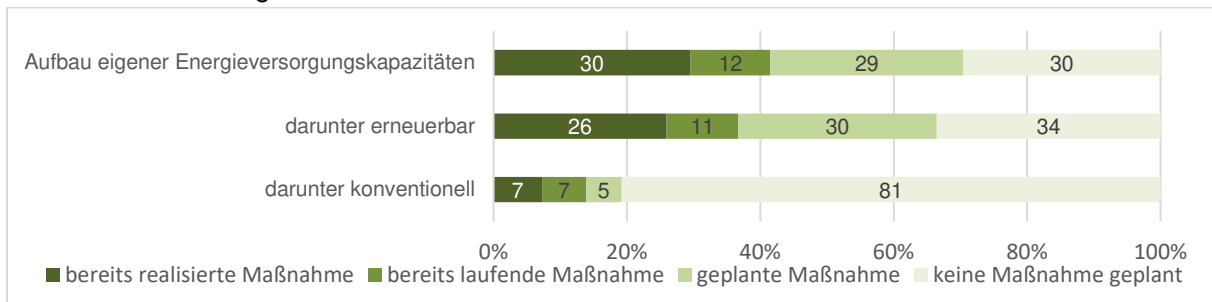
Exkurs Eigenerzeugung

Baden-Württemberg gesamt



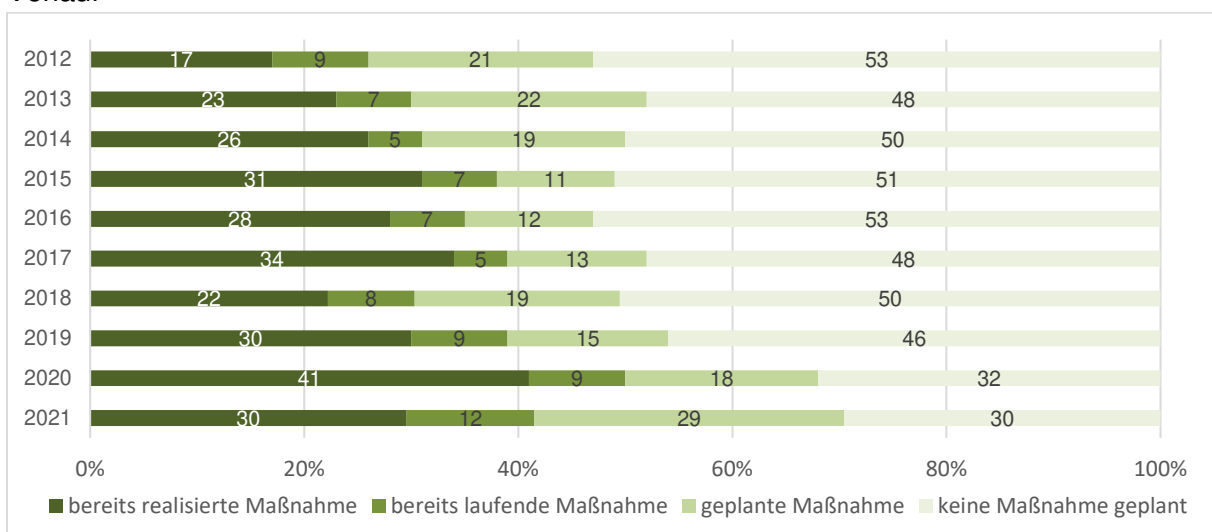
Maßnahmen zum Aufbau eigener Energieversorgungskapazitäten, die die Unternehmen in Baden-Württemberg ergreifen, angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik, in Prozent der antwortenden Unternehmen

Baden-Württemberg Industrie



Maßnahmen zum Aufbau eigener Energieversorgungskapazitäten, die die Unternehmen der Industrie in Baden-Württemberg ergreifen, angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik, in Prozent der antwortenden Unternehmen

Aufbau eigener Erzeugungskapazitäten in der Industrie in Baden-Württemberg im zeitlichen Verlauf



Maßnahmen zum Aufbau eigener Energieversorgungskapazitäten im zeitlichen Verlauf, die die Unternehmen der Industrie in Baden-Württemberg ergreifen, angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik, in Prozent der antwortenden Unternehmen

Für 60 % der Unternehmen in Baden-Württemberg ist der Aufbau eigener Energieversorgungskapazitäten bereits realisierte, laufende oder geplante Maßnahme, erneuerbare Energien werden gegenüber konventionellen klar bevorzugt. In Deutschland ist der Anteil an Unternehmen, die den Aufbau eigener Energieversorgungskapazitäten realisiert, laufend oder geplant haben, mit 54 % niedriger.

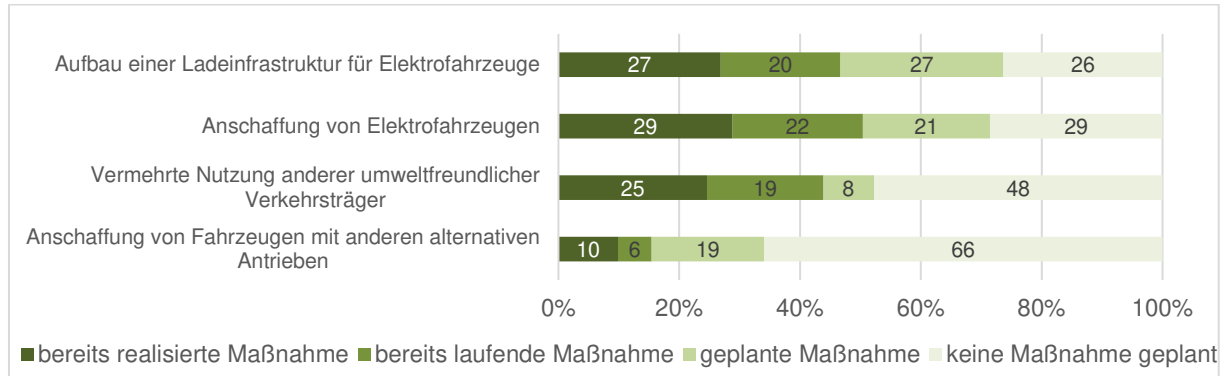
Bei der Industrie in Baden-Württemberg ist der Aufbau eigener Energieversorgungskapazitäten für 70 % der Antwortenden realisierte, laufende oder geplante Maßnahme. Auch bei der Industrie werden Erneuerbare Energien deutlich stärker fokussiert als konventionelle Kapazitäten.

Im zeitlichen Verlauf zeigt sich, dass Maßnahmen zum Aufbau eigener Energieversorgungskapazitäten sowohl in Baden-Württemberg gesamt als auch in der baden-württembergischen Industrie nach zunächst eher schwachen Steigerungsraten bis 2018 seit 2019 deutlicher ansteigen.

Schlussfolgerungen:

Fast zwei Drittel der Unternehmen in Baden-Württemberg gesamt befasst sich mittlerweile mit dem Aufbau eigener Energieversorgungskapazitäten, obwohl die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen (unsichere Förderkulisse, Belegung von Eigenerzeugung mit Umlagen, Unklarheit über zukünftige Regelungen etc.) dies weiterhin nicht begünstigen.

Exkurs Mobilität



Angaben der Unternehmen in Baden-Württemberg, welche Maßnahmen sie ergreifen, angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik, in Prozent der antwortenden Unternehmen.

Für fast drei Viertel (71 %) der Unternehmen aus Baden-Württemberg ist die Anschaffung von Elektrofahrzeugen bereits realisierte, laufende oder geplante Maßnahme, noch stärker gilt dieses für den Aufbau von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge (74 %). Die Anschaffung von Fahrzeugen mit anderen alternativen Antrieben wird mit 34 % seltener als bereits realisierte, laufende oder geplante Maßnahme genannt. Im Vergleich zu 2019 werden die genannten Maßnahmen zu Elektrofahrzeugen deutlich häufiger realisiert, geplant und ergriffen (Anschaffung Fahrzeuge: + 14 Prozentpunkte im Saldo, Aufbau Ladeinfrastruktur: + 19 Prozentpunkte im Saldo).

Die Antworten der Unternehmen aus Deutschland unterscheiden sich wenig von denen aus Baden-Württemberg (65 % realisierte, laufende oder geplante Anschaffung von Elektrofahrzeugen, 67 % realisierte, laufende oder geplanter Aufbau von Ladeinfrastruktur bzw. 33 % realisierte, laufende oder geplante Anschaffung von Fahrzeugen mit anderen alternativen Antrieben).

Die Industrie in Baden-Württemberg zeigt sich bei der Anschaffung von Elektrofahrzeugen engagierter als Baden-Württemberg gesamt. Mit 76 % geben etwas mehr Industriebetriebe an, dass dies realisierte, laufende oder geplante Maßnahme ist, gleichzeitig geben 77 % den Aufbau von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge als realisierte, laufende oder geplante Maßnahme an. Bei der Anschaffung von Fahrzeugen mit anderen alternativen Antrieben erreicht die Industrie mit 30 % einen etwas geringeren Wert als in Baden-Württemberg gesamt bei den realisierten, laufenden und geplanten Maßnahmen.

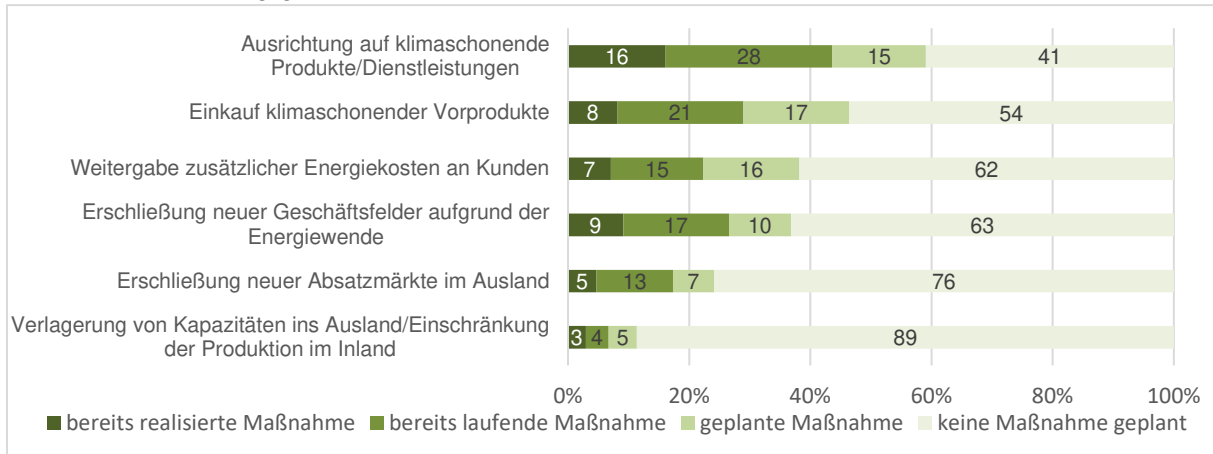
Schlussfolgerungen:

Fast drei Viertel der Betriebe beschäftigen sich mit der Anschaffung von Elektrofahrzeugen oder planen dies. Beim Aufbau von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge zeigen die Betriebe in Baden-Württemberg noch etwas größeres Engagement.

Bemerkenswert ist, dass auch die vermehrte Nutzung anderer umweltfreundlicher Verkehrsträger für mehr als die Hälfte der Betriebe realisiert, laufend oder geplant ist.

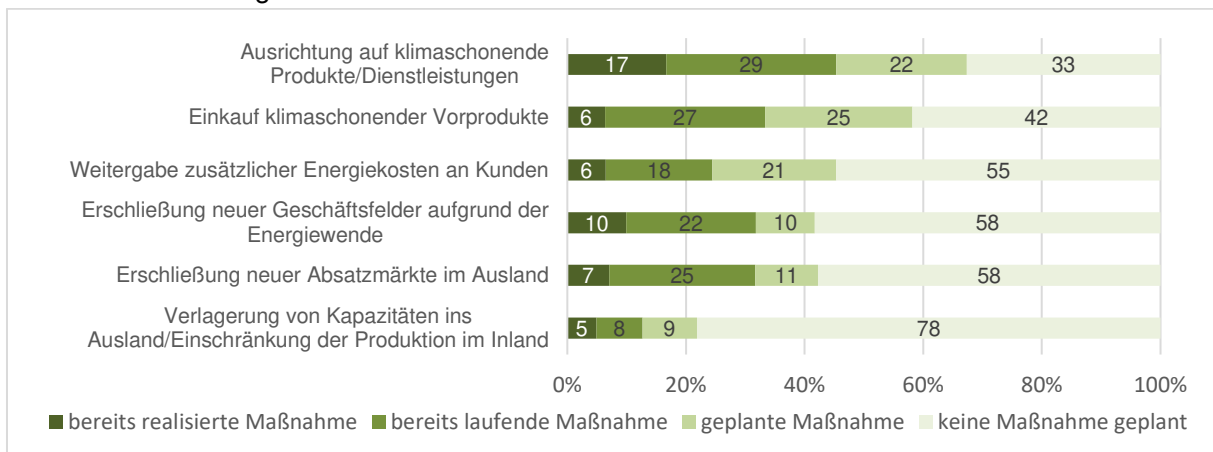
Maßnahmen mit Außenwirkung im Vergleich

Baden-Württemberg gesamt 2021



Maßnahmen, die die Unternehmen ergreifen, angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik, Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen

Baden-Württemberg Industrie 2021



Maßnahmen, die die Unternehmen ergreifen, angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik, Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen

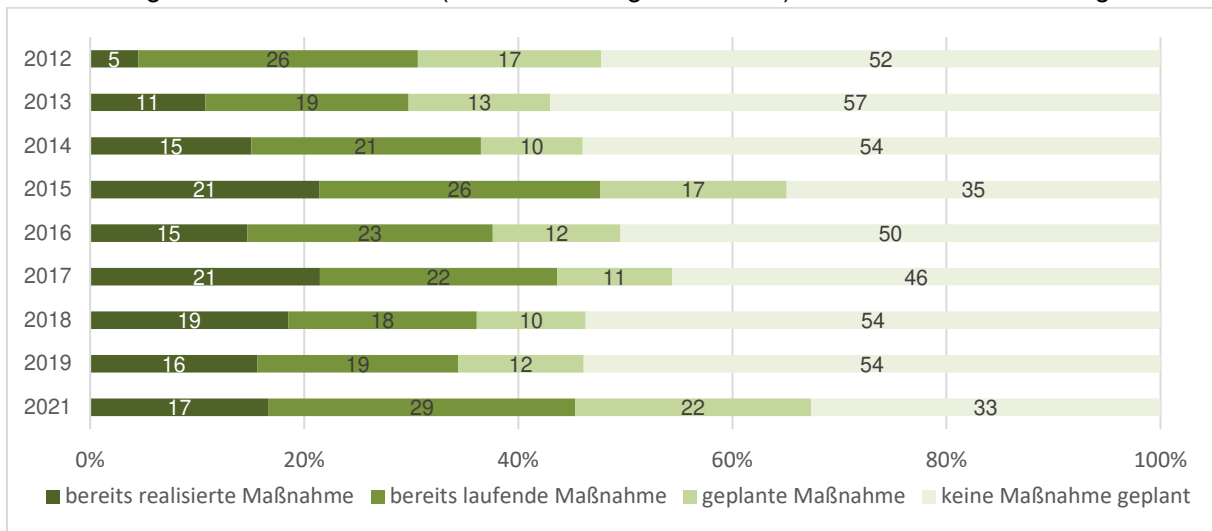
Die Industrie in Baden-Württemberg hat mehr Maßnahmen mit Außenwirkung realisiert, laufend und in Planung, als die Unternehmen in Baden-Württemberg insgesamt, teilweise mit deutlichen Unterschieden (Erschließung neuer Absatzmärkte im Ausland: + 18 Prozentpunkte im Saldo, Einkauf klimaschonender Vorprodukte: + 12 Prozentpunkte im Saldo).

Für 11 % der Unternehmen aus Baden-Württemberg ist die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland/Einschränkung der Produktion im Inland angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik realisierte, laufende oder geplante Maßnahme. In Deutschland beträgt der Anteil mit 9 % etwas weniger. Stärker wird diese Maßnahme in der Industrie ergriffen: 22 % der Industriebetriebe in Baden-Württemberg haben diese Maßnahme realisiert (5 %), laufend (8 %) oder geplant (9 %); korrespondierend ist die Erschließung neuer Absatzmärkte im Ausland für 42 % der Industriebetriebe in Baden-Württemberg bereits realisierte, laufende oder geplante Maßnahme. In der Industrie Deutschlands ergibt sich folgendes Bild: 21 %

gesamt, davon 5 % realisierte, 7 % laufende und 9 % geplante Maßnahmen zur Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland/Einschränkung der Produktion im Inland (die Erschließung neuer Absatzmärkte im Ausland ist für 40 % der Industriebetriebe in Deutschland realisierte, laufende oder geplante Maßnahme).

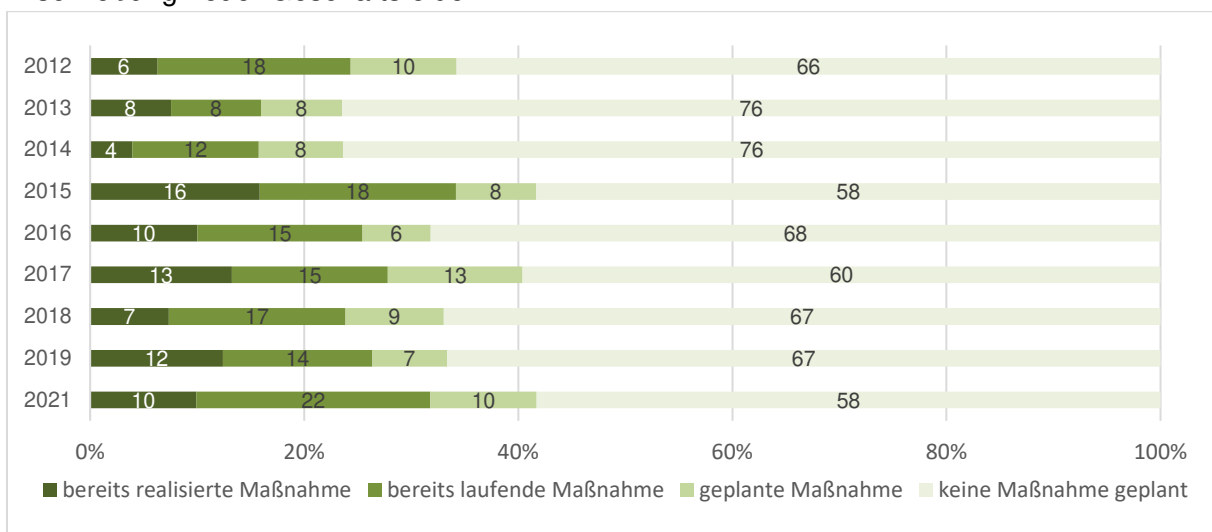
Ausgewählte Maßnahmen mit Außenwirkung, die die Industrie in Baden-Württemberg ergreift, im Zeitvergleich

Ausrichtung auf klimaschonende (bis 2016 energieeffiziente) Produkte/Dienstleistungen



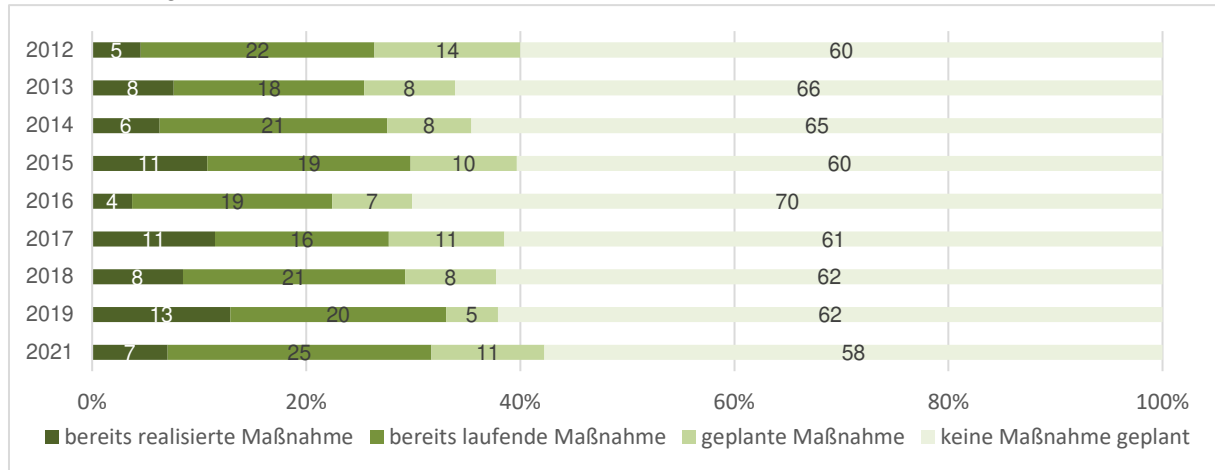
Industrie in Baden-Württemberg: Ausrichtung auf klimaschonende (energieeffiziente) Produkte/Dienstleistungen als Maßnahme angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik, Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen

Erschließung neuer Geschäftsfelder



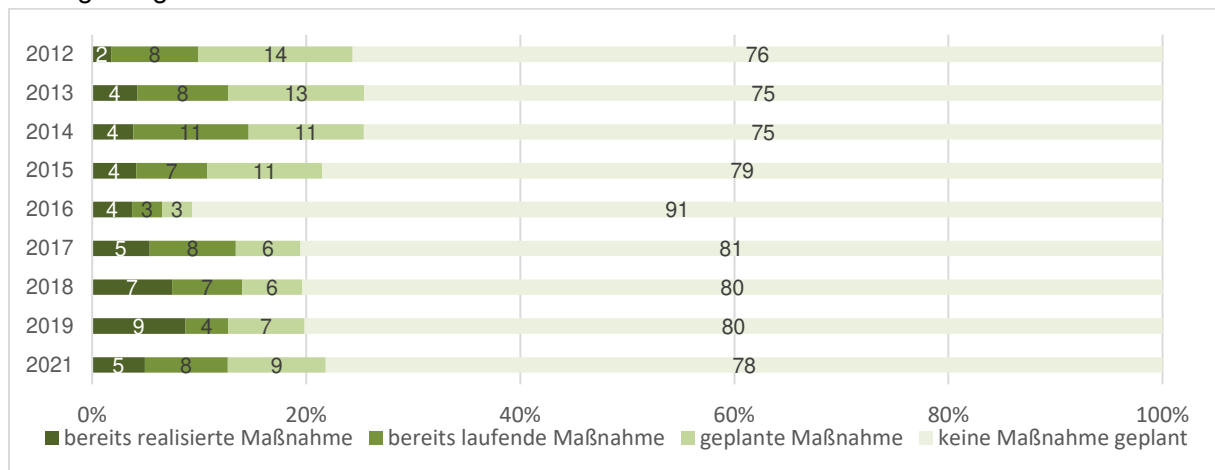
Industrie in Baden-Württemberg: Erschließung neuer Geschäftsfelder als Maßnahme angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik, Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen

Erschließung neuer Absatzmärkte im Ausland



Industrie in Baden-Württemberg: Erschließung neuer Absatzmärkte im Ausland als Maßnahme angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik, Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen

Verlagerung

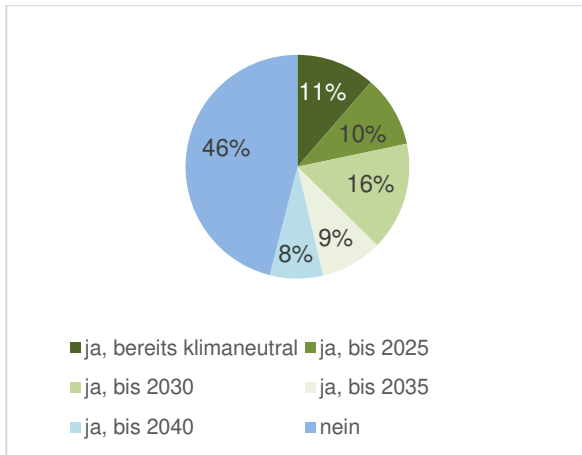


Industrie in Baden-Württemberg: Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland/Einschränkung der Produktion im Inland als Maßnahme angesichts der Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik, Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen

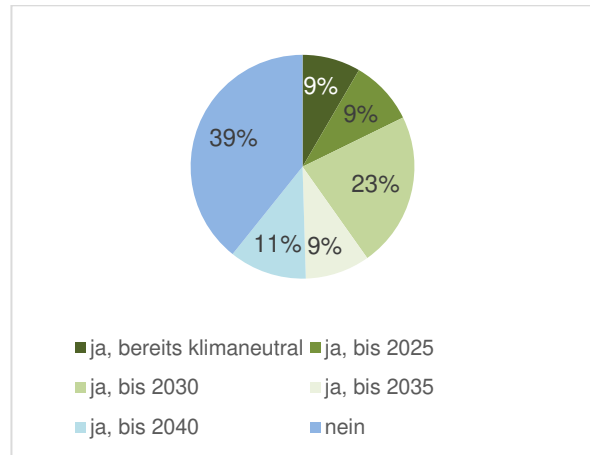
Schlussfolgerungen:

Die Energiewende erzeugt im Zeitablauf bei der Industrie in Baden-Württemberg keine besonderen zusätzlichen Impulse, stärker Maßnahmen mit Außenwirkung wie Ausrichtung auf klimaschonende Produkte/Dienstleistungen, Erschließung neuer Geschäftsfelder oder Erschließung neuer Absatzmärkte zu ergreifen. Aktivitätsverlagerungen ins Ausland bleiben bei den Unternehmen in Baden-Württemberg wichtig und sind bei etwa 22 % der Industriebetriebe als Maßnahme umgesetzt oder in Betracht.

Exkurs Klimaschutz

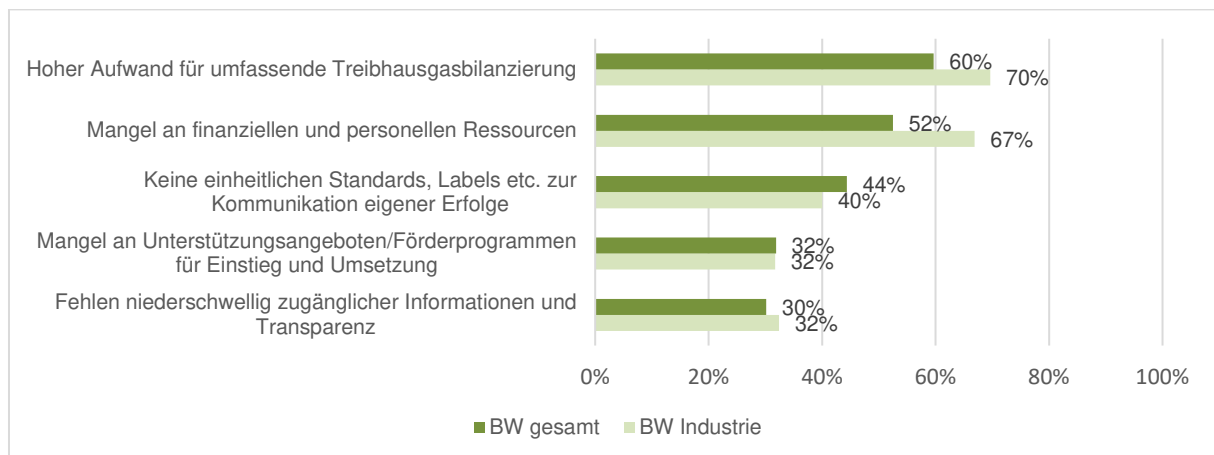


Angaben der Unternehmen aus Baden-Württemberg, ob sie es sich zum Ziel gesetzt haben, klimaneutral zu werden, Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen.



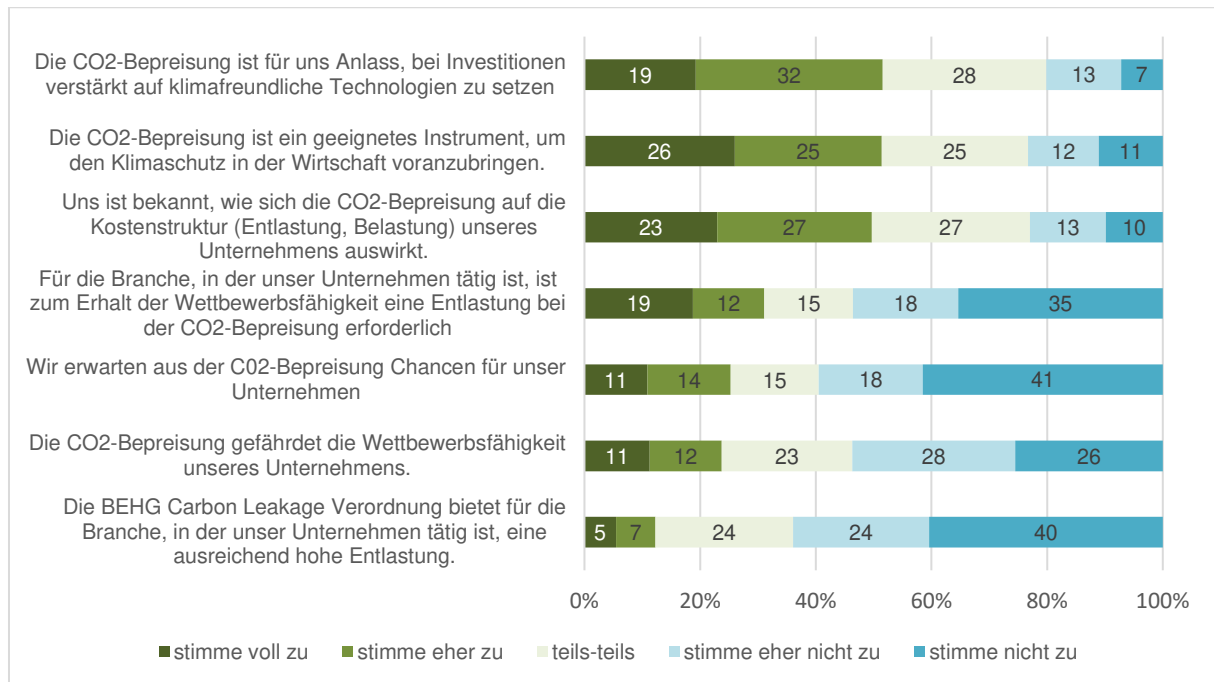
Angaben der Industriebetriebe in Baden-Württemberg, ob sie es sich zum Ziel gesetzt haben, klimaneutral zu werden, Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen.

Mehr als die Hälfte der Betriebe in Baden-Württemberg (54 %) hat es sich zum Ziel gesetzt bis spätestens 2040 klimaneutral zu werden oder ist es bereits. Bei der Industrie in Baden-Württemberg beträgt der Anteil sogar 61 %. Hoch sind die Anteile der Betriebe, die sich kürzere Fristen und damit ehrgeizigere Ziele setzen, als die hiesige Politik (Ziel laut Entwurf des Klimaschutzgesetzes BW vom Juli 2021: Netto-Treibhausgasneutralität bis 2040). So wollen 46 % der Unternehmen aus BW gesamt und 51 % der Industriebetriebe bis 2035 klimaneutral sein. Gefragt nach den Hürden, die die Unternehmen aus ihrer Sicht beim Thema Treibhausgasbilanzierung bzw. Klimaneutralstellung sehen, nennt jeweils mehr als die Hälfte den hohen Aufwand für umfassende Treibhausgasbilanzierung und den Mangel an finanziellen und personellen Ressourcen. In der Industrie in Baden-Württembergs werden diese Aspekte von mehr als zwei Dritteln der Antwortenden als Hürde benannt.



Angaben der Industriebetriebe in Baden-Württemberg im Vergleich zu den Unternehmen aus Baden-Württemberg, welche Hürden sie beim Thema Treibhausgasbilanzierung bzw. Klimaneutralstellung sehen, Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen, Mehrfachnennungen möglich.

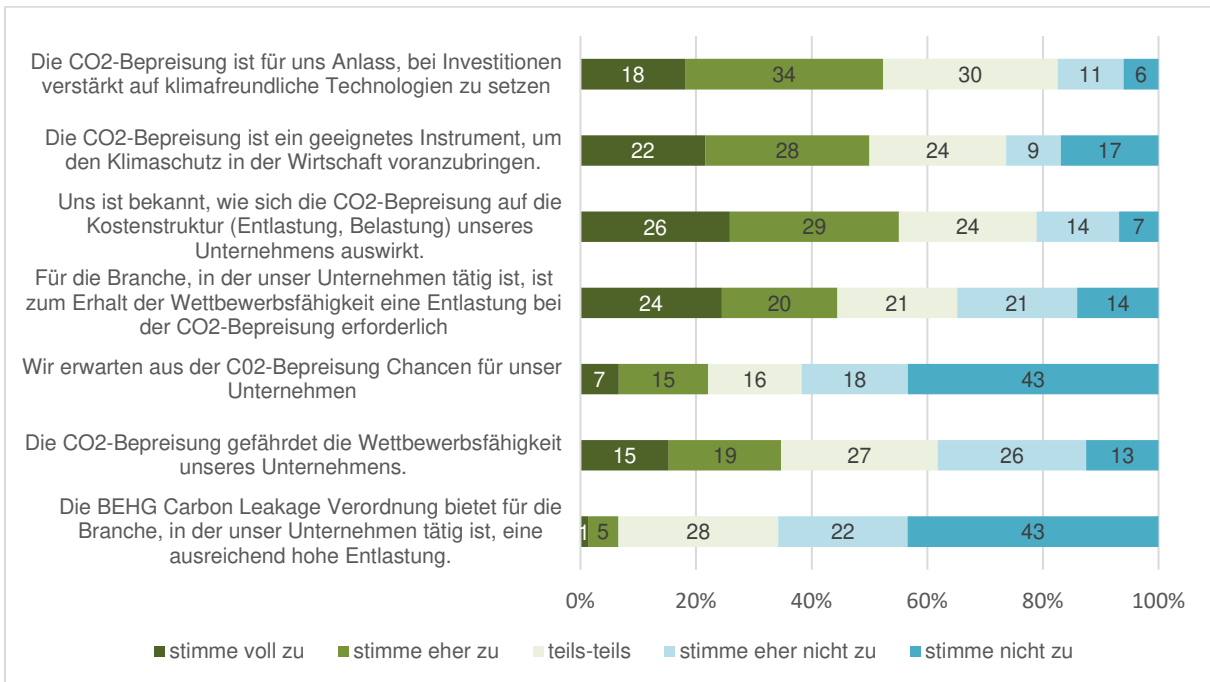
Bewertung der CO2-Bepreisung auf Brennstoffe ab 2021



Angaben der Unternehmen in Baden-Württemberg zu der Bewertung der CO2-Bepreisung und zu den Auswirkungen auf das eigene Unternehmen, Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen.

Etwas mehr als die Hälfte der Unternehmen in Baden-Württemberg (Summe aus „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“) sieht in der CO2-Bepreisung einen Anlass, bei Investitionen verstärkt auf klimafreundliche Technologien zu setzen (51 %), sowie ein geeignetes Instrument, um den Klimaschutz in der Wirtschaft voranzubringen (51 %). Genau die Hälfte sagt, dass ihnen bekannt ist, wie sich die CO2-Bepreisung auf die Kostenstruktur des eigenen Unternehmens auswirkt (50 %). Knapp ein Drittel (31 %) sieht eine Entlastung bei der CO2-Bepreisung als erforderlich, 23 % sehen konkret die eigene Wettbewerbsfähigkeit gefährdet. Nur ein Viertel der Betriebe (25 %) erwartet, dass sich aus der CO2-Bepreisung Chancen für das eigene Unternehmen ergeben, 59 % erwarten dies nicht.

Im Vergleich zu den Antworten aus Deutschland zeigen sich eher marginale Unterschiede. So ist der Anteil der Unternehmen, denen bekannt ist, wie sich die CO2-Bepreisung auf die Kostenstruktur des eigenen Unternehmens auswirkt (Summe aus „stimme zu“ und „stimme eher zu“), in Deutschland etwas höher (57 %) als in Baden-Württemberg (50 %). Auch sehen in Deutschland mit 28 % Nennungen etwas mehr Betriebe ihre Wettbewerbsfähigkeit gefährdet als in Baden-Württemberg (23 %). Dafür warten die hiesigen Betriebe mit 25 % Nennungen etwas häufiger Chancen aus der CO2-Bepreisung als deutschlandweit (21 %).



Angaben der Industrie-Betriebe in Baden-Württemberg zu der Bewertung der CO2-Bepreisung und zu den Auswirkungen auf das eigene Unternehmen, Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen.

Auch in der Industrie in Baden-Württemberg wird von der Hälfte der Antwortenden (Summe aus „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“) die CO2-Bepreisung als ein geeignetes Klimaschutzinstrument betrachtet (50 %). Etwas mehr Unternehmen aus der Industrie im Vergleich zu Baden-Württemberg gesamt geben an, die Auswirkungen auf die Kostenstruktur des eigenen Unternehmens zu kennen (55 %), zugleich sehen mit etwa einem Drittel (34 %) auch mehr Industriebetriebe die eigene Wettbewerbsfähigkeit gefährdet (ggü. 23 % in Baden-Württemberg gesamt für die Summe aus „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“) und fordern eine Entlastung der eigenen Branche (44 %).

In der Industrie Deutschlands geben mit 61 % (Summe aus „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“) mehr Unternehmen als in der baden-württembergischen Industrie (55 %) an, dass ihnen bekannt ist, wie sich die CO2-Bepreisung auf die Kostenstruktur des eigenen Unternehmens auswirkt. Zugleich sagen weniger Industriebetriebe aus Baden-Württemberg (34 %), dass die CO2-Bepreisung die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens gefährdet, als aus der deutschen Industrie (40 %).

Im Vergleich zum Vorjahr gibt es kaum Veränderungen bei Antworten, weder für Baden-Württemberg gesamt noch für die hiesige Industrie.

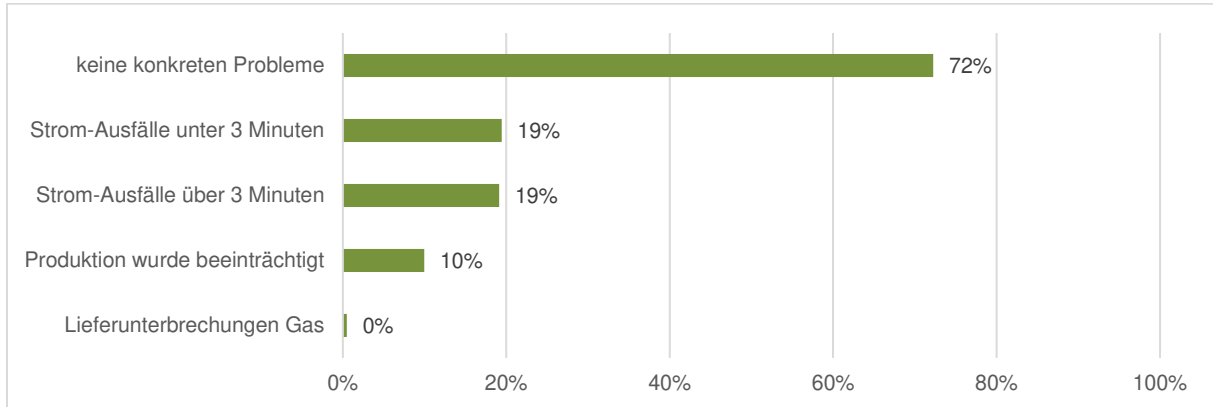
Schlussfolgerungen:

Die CO2-Bepreisung erfährt Zustimmung von jedem zweiten Unternehmen, obwohl nur ein Viertel gleichzeitig Chancen für den eigenen Betrieb erwartet. Allerdings glaubt nur gut die Hälfte der Unternehmen die künftige Kostenbelastung zu kennen.

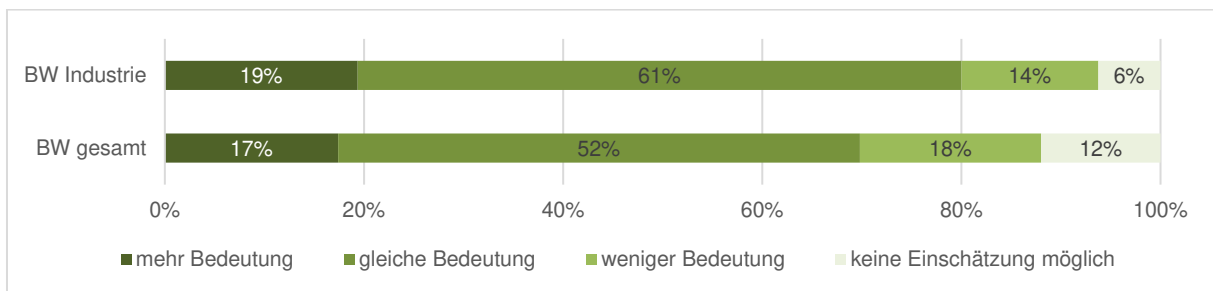
Die Industrie sieht stärker die eigene Wettbewerbsfähigkeit gefährdet und fordert Entlastung.

Konkrete Probleme mit der Energieversorgungssicherheit

Baden-Württemberg gesamt



Konkrete Probleme mit der Energieversorgungssicherheit in den letzten 12 Monaten bei Unternehmen in Baden-Württemberg, Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen



Entwicklung der Bedeutung des Aspektes Störungen in der Stromversorgung in den letzten 12 Monaten für das eigene Geschäft, Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen

28 % der Unternehmen in Baden-Württemberg hatten in den letzten 12 Monaten konkrete Probleme mit der Versorgungssicherheit, in Deutschland waren es 19 %. Die Industrie in Baden-Württemberg hat einen Anteil von 34 % Unternehmen mit konkreten Problemen mit der Versorgungssicherheit (D-Industrie: 26 %). Stromausfälle unter drei Minuten sind ebenso wie Stromausfälle über drei Minuten oft genanntes Problem der Unternehmen. Dass die Produktion beeinträchtigt wurde, sagen 10 % der Unternehmen in Baden-Württemberg (21 % der Industriebetriebe) und 6 % der Unternehmen in Deutschland (15 % in der Industrie).

Seit 2012 zeigt sich in einem sehr leichten Trend, dass die Anzahl der Unternehmen mit konkreten Problemen bei der Energieversorgungssicherheit in Baden-Württemberg gesamt sowie in der Industrie zunimmt. Die Nennungen für Deutschland blieben eher konstant.

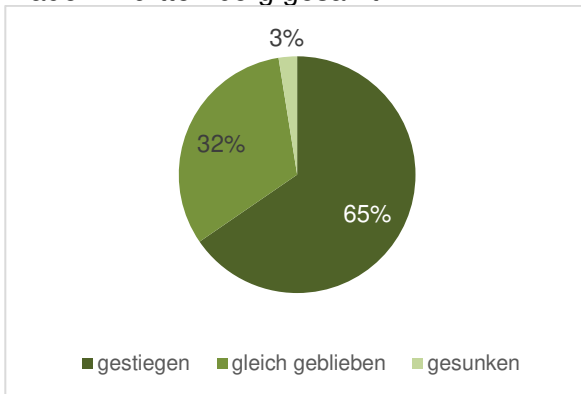
Schlussfolgerungen:

Die Versorgungssicherheit mit Strom/Energie ist für die weit überwiegende Zahl der Unternehmen weiter eher kein Problem. Tendenziell ist die Industrie durch mehr Störungen beeinträchtigt, in Baden-Württemberg etwas mehr als im Bundesgebiet und mit leicht zunehmendem Trend. Die Politik ist gefordert, die Versorgungssicherheit zu erhalten, insbesondere durch den Netzausbau.

Entwicklung der Energiepreise und Energiekostenanteile

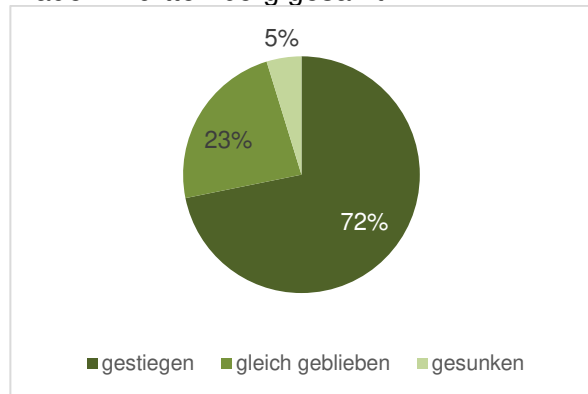
Wie haben sich Ihre Strompreise in den vergangenen 12 Monaten entwickelt?

Baden-Württemberg gesamt

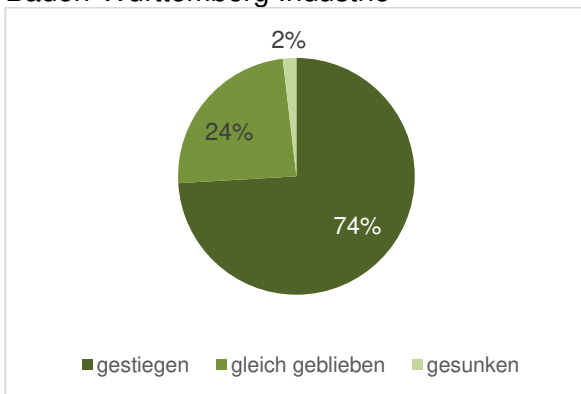


Wie haben sich Ihre Energiepreise in den vergangenen 12 Monaten entwickelt?

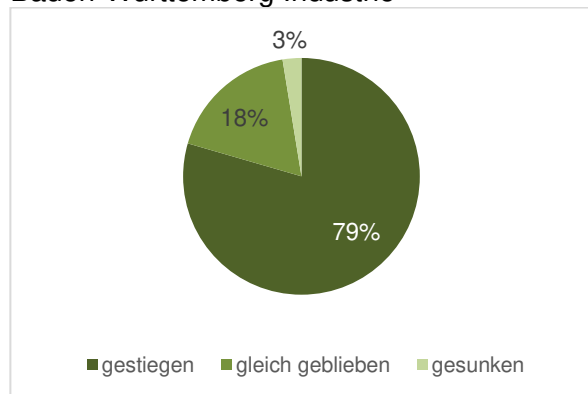
Baden-Württemberg gesamt



Baden-Württemberg Industrie



Baden-Württemberg Industrie



65 % der Unternehmen in Baden-Württemberg und 74 % der Betriebe aus der Industrie geben an, dass ihre Strompreise in den vergangenen 12 Monaten gestiegen sind. Von gesunkenen Strompreisen können nur kleine Minderheiten profitieren. In Deutschland sind die Nennungen für gestiegene Strompreise etwas geringer (62 % für Deutschland gesamt und 68 % in der Industrie).

Bei den Energiepreisen geben 72 % der Unternehmen in Baden-Württemberg sowie 79 % der Industriebetriebe an, dass diese in den vergangenen 12 Monaten gestiegen sind. Auch hier profitieren nur wenige von gesunkenen Energiepreisen. In Deutschland ergibt sich bei den Energiepreisen fast das gleiche Bild.

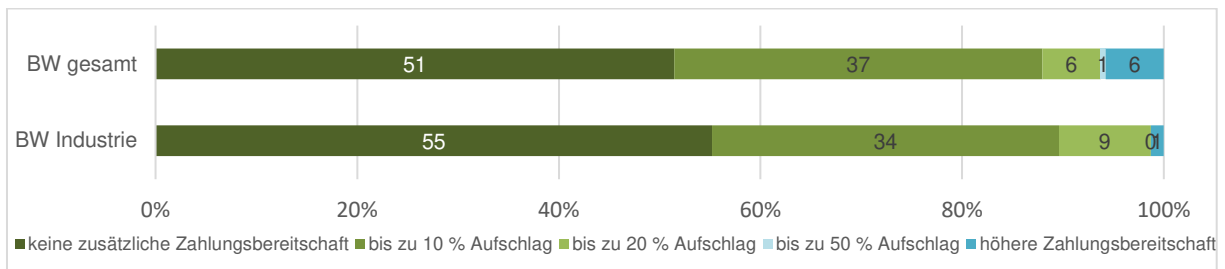
Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich eine sehr deutliche Entwicklung hin zu steigenden Energie- und Strompreisen. Dies gilt für Deutschland und Baden-Württemberg sowie auch jeweils für die Industrie.

Angesichts der steigenden Energiepreise verwundert es nicht, dass kaum zusätzliche Zahlungsbereitschaft für grünen Wasserstoff oder für zertifizierten Grünstrom besteht – trotz

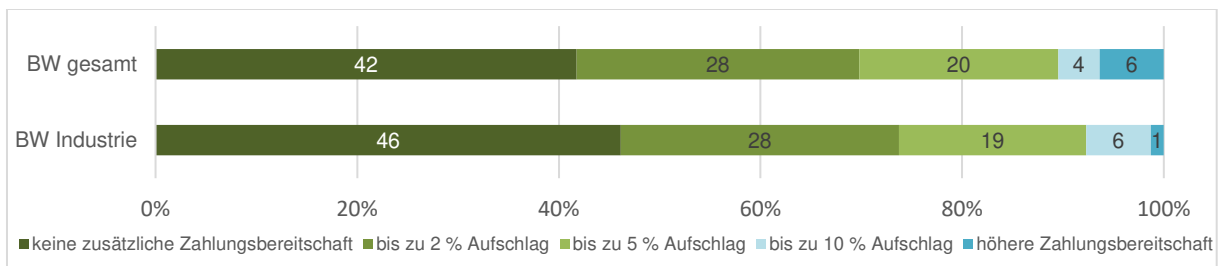
allem Engagement für mehr Klimaschutz in den Unternehmen. Über die Hälfte der Betriebe (51 % in Baden-Württemberg) – auch der Industrie (55 %) – lehnt Zusatzzahlungen für grünen Wasserstoff generell ab, 12 % wären bereit mehr als 10 % Aufschlag zu bezahlen (10 % in der Industrie). 37 % der Betriebe würden einen Aufschlag bis 10 % akzeptieren, 34 % in der Industrie.

Vergleichbar ist das Bild beim Grünstrom: 42 % der Betriebe lehnen Zusatzzahlungen für zertifizierten regionalen Grünstrom ab (46 % in der Industrie), immerhin 48 % (46 % in der Industrie) würden einen Aufschlag bis zu 5 % akzeptieren. Erweitert man den Herkunftsradius auf deutschen Grünstrom nimmt die Zahlungsbereitschaft nochmals etwas ab.

Im Vergleich zur Umfrage 2018 kann jedoch festgestellt werden: die vollständige Ablehnung einer zusätzlichen Zahlungsbereitschaft ist rückläufig. Für Baden-Württemberg gesamt schlossen 2018 noch 52 % eine Zusatzzahlung komplett aus (66 % in der Industrie).



Angaben der Industriebetriebe in Baden-Württemberg im Vergleich zu den Unternehmen aus Baden-Württemberg zur zusätzlichen Zahlungsbereitschaft für grünen Wasserstoff im Vergleich zum Erdgaspreis, Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen.



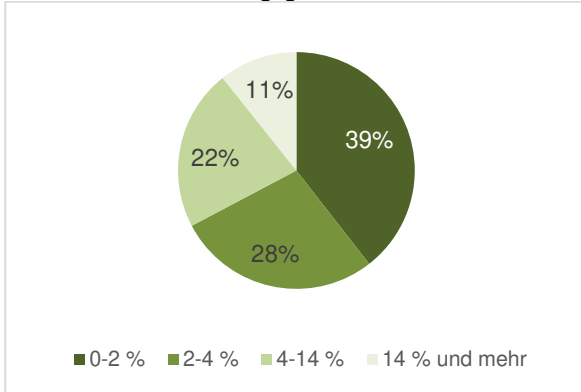
Angaben der Industriebetriebe in Baden-Württemberg im Vergleich zu den Unternehmen aus Baden-Württemberg zur zusätzlichen Zahlungsbereitschaft für zertifizierten regionalen Grünstrom, Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen.

Schlussfolgerungen:

Eine große Mehrheit der Unternehmen verzeichnet steigende Energie- und Stromkosten, bei bereits im internationalen Vergleich hohem Kostenniveau. Das schränkt den Spielraum für Zusatzzahlungen für grüne Energieträger ein.

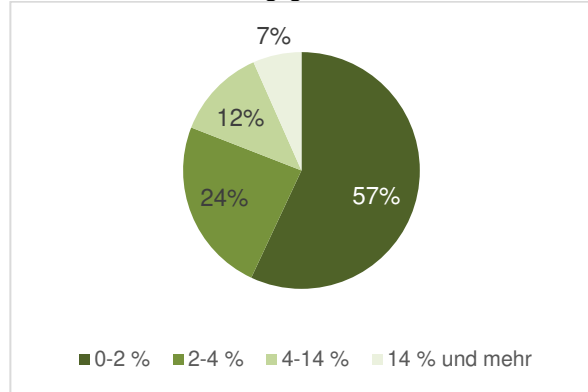
Wie hoch ist der Anteil der Energiekosten insgesamt am Umsatz?

Baden-Württemberg gesamt

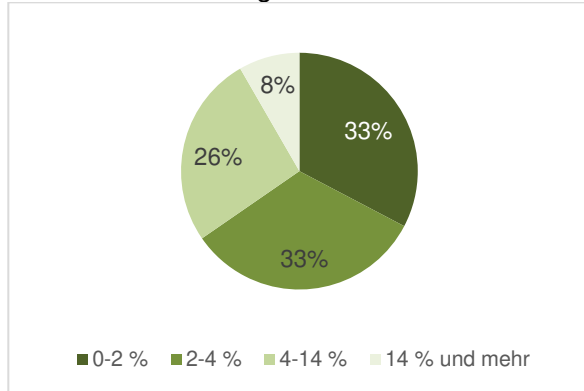


Wie hoch ist der Anteil der Stromkosten am Umsatz?

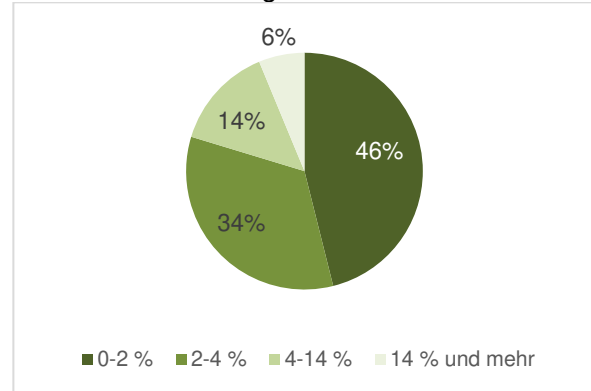
Baden-Württemberg gesamt



Baden-Württemberg Industrie



Baden-Württemberg Industrie



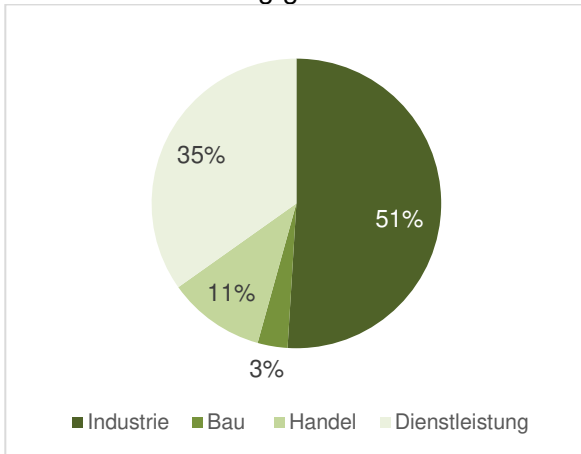
Der Anteil an Unternehmen, deren Energiekostenanteil > 4 % vom Umsatz ausmacht, ist von 42 % in 2020 auf 33 % in 2021 gefallen. Bei den Stromkostenanteilen > 4 % vom Umsatz ist der Anteil von 17 % in 2020 auf 19 % in 2021 gestiegen.

Im Gleichklang zeigt sich der Vorjahresvergleich bei den Industriebetrieben aus Baden-Württemberg. Bei den Energiekosten haben in 2021 34 % der Betriebe einen Energiekostenanteil > 4 % am Umsatz, 2020 waren es 44 %. Bei den Stromkosten fiel der Anteil der Unternehmen mit Stromkosten > 4 % am Umsatz von 27 % in 2020 auf 20 %.

Allgemeine Angaben

Die Befragung wurde vom 07. bis 25. Juni 2021 durchgeführt. Deutschlandweit haben 2589 Unternehmen auf die Befragung geantwortet, in Baden-Württemberg waren es 359 Unternehmen, das ist ein Anteil von 14 %. 183 Industrie-Unternehmen haben aus Baden-Württemberg geantwortet, das sind 51 % der Baden-Württemberg-Antworten.

Antworten nach Branchen
Baden-Württemberg gesamt



Antworten nach Betriebsgrößenklassen
Baden-Württemberg gesamt

